

Parteien-Check zur Bundestagswahl 2017

Wahlprogramme auf dem Prüfstein

Status: 11. August 2017

Wahl-Ampel WOB	Zuständigkeit soz. WOB bei Bund u. Ländern nach 2019	Eigenes Bauministerium	Stärkung soz. WOB + 80.000 WE	Erhöhung AfA 3% + Sonder-AfA/Zulage	Schnelle + verbilligte Bereitstellung von Bauland	Vereinfachung Bauordnungsrecht	Einheitliche MBO in den Ländern	Keine Kostentreiber durch Gesetze	Beschleunigung der Baugenehmigungen + mehr Personal	Baunutzungsverordnung + Stärkung "Urbaner Gebiete" + Nachverdichtung	Investition in ÖPV + mehr Finanzen	Steuerl. Anreize für energetische Sanierung	Steuerl. Anreize für altersgerechte Sanierung	KfW-Förderung: Ersatzneubau	Stärkung des Neubaus selbstgenutzter Wohngebäude + Grundsteuer + KfW	Energiewende bei gleicher Belastung aller Sektoren	Sonstiges
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12					
CDU/CSU																	
	nein	nein	nein	keine Erhöhung der AfA von 2 auf 3%, aber degressive AfA für einen begrenzten Zeitraum wieder einführen	ja, Erleichterung des verbilligten Verkaufs von Grundstücken des Bundes an Städte + Gemeinden; Grundbesitzer, die Flächen für Bauland zur Verfügung stellen, sollen die dabei erzielten Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestieren können	Prüfung Baurecht	nein	keine Maßnahmen, die Schaffung von Wohnraum verteuern; Prüfung Kostensenkungspotentiale	die Dauer von Planungsverfahren durch Entbürokratisierung verkürzen, Planungsbeschleunigungsgesetz	nein	nein	ja	nein	Bei Ersatzneubauten sollen die Verwaltungsgerichtsverfahren auf eine Instanz beschränkt werden.	Förderung Erwerb Wohneigentum, insbes. für Familien u. Kinder (Baukindergeld in Höhe von 1.200€ für 10 Jahre), Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer	Sektorenkopplung weiterentwickeln	"Wohnungsgipfel"
SPD																	
	ja	nein	Zweckgebundenheit + Steigerung Neubau und mehr Wohnungen im öffentl. und betriebl. Eigentum, Mittel für soz. WOB weiter erhöhen	nein	ja, durch Begrenzung der Spekulation mit baureifem Boden; BlmA-Gesetz anpassen	Kommunen sollen durch Investitionsanreize und bundesweit einheitlichen Standards schneller und besser bauen können.	nein	finanzielle und personelle Unterstützung der Kommunen, Abschaffung unnötiger Bürokratie, Umsetzung der Digitalisierung in Verwaltung	Aussage SPD: "Diese Regelung gibt es bereits."	ja	ja	Förderung altersgerechter Umbau	nein	sozial gestaffeltes Familienbaugeld, Programm "Jung kauft Alt" (keine Freigrenze bei der Grunderwerbssteuer, keine Anpassung KfW-Programme)	Sektoren stärker kopplern, Gebäudereich bleibt aber im Fokus	Bestellerprinzip bei Maklern und Mietpreisbremse verbessern	
GRÜNE																	
	ja	nein	keine zweckgebundene Verwendung, keine Verdopplung der den Ländern zur Verfügung gestellten Etatmittel	Zulagen und Steuerförderung im Tausch gegen günstigen Wohnraum	nein	Modernisierung Baurecht	nein	nein	Umnutzung und Nachverdichtung	verbesserte Anbindung des städtischen Umlandes	ja	barrierefreie Wohnungen	nein	nein	nein	neue Wohnungsgemeinnützigkeit	
LINKE																	
	ja	nein	dauerhaft mind. 250.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr, Zweckbindung erhalten, Unterstützung soz. WOB mit 5 Mrd. Euro	nein	Privatisierung und Spekulation mit Boden und Wohnraum beenden, Bodenpreisdeckelung	Neugestaltung Baurecht für alternative Wohnkonzepte; Hindernisse für ökolog. Baumaterialien im Baurecht beseitigen	nein	nein	nein	alternative Konzepte (z. B. Überbauen von Parkplätzen, Lagerflächen, Schienen und Straßen + die Integration von Wohnraum in industriell oder landwirtschaftlich genutzten Gebäuden), Mitspracherecht bei innerstädtischen Nachverdichtungen	Investitionen in ÖPNV, Ausbau ÖPNV, perspektivisch kostenfreie Nutzung	Förderprogramme für energetische Gebäudesanierung deutlich und dauerhaft erhöhen, nach energ. Modernisierung darf Miete nicht höher sein als Mieter an Heizkosten sparen	Fokus der Förderung auf altersgerechten + barrierefreien Umbau von Gebäuden	keine Förderung + kein Abriss preisgünstiger Wohnungen zugunsten von Neubauten; Teilrückbau, statt Wohnungsabriss	nein	nein	neue Wohnungsgemeinnützigkeit: steuerliche Vergünstigungen und bevorzugter Zugang zum Boden; barrierefreies Bauen soll ins Baugesetz
FDP																	
	nein	nein	Zweckbindung	degressive AfA wieder einführen, lineare Abschreibung von 2 auf 3% erhöhen	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	Entlastung der Bürger beim Wohneigentum	nein	Mietpreisbremse abschaffen; Wohnimmobilienrichtlinie 1:1 umsetzen
AfD																	
	nein	nein	nein	nein	Ausweisung neuer und Optimierung bestehender Baugebiete	Baustandards vereinfachen, Beschleunigung Baurechtschaffung	Kostenverringern durch die Beseitigung unnötiger Vorschriften (z. B. zur Wärmedämmung + Bürokratie)	Bürokratieabbau	nein	nein	nein	nein	nein	nein	zur Eigentumsförderung sind Grundstücke von der öffentlichen Hand zur Verfügung zu stellen, Grund- und Grunderwerbssteuer sollen gesenkt werden	Gebäudereich nicht ungleich stärker belastet als andere Sektoren	

Legende "Wahlprogramm-Check"

	Impulse-Kriterien voll erfüllt, ausdrücklich im Wahlprogramm
	Impulse-Kriterien im Fokus, allerdings nicht voll erfüllt
	Impulse-Kriterien nicht erfüllt oder gar nicht berücksichtigt